

Gemeinsame Stellungnahme zum Wirtschafts- und Strukturprogramm für das Rheinische Zukunftsrevier 1.0

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart
Berger Allee 25
40213 Düsseldorf (poststelle@mwide.nrw.de)

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW
Ministerin Ursula Heinen-Esser
Schwannstraße 3
40476 Düsseldorf (poststelle@mulnv.nrw.de)

Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH
Karl-Heinz-Beckurtz-Straße 13
52428 Jülich
Geschäftsführer Ralph Sterck ralph.sterck@rheinisches-revier.de
Vorsitzender Revierknoten Ressourcen und Agrobusiness Jens Bröker jens.broeker@rheinisches-revier.de

22.05.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) legte am 12.12.2019 das Wirtschafts- und Strukturprogramm für das Rheinische Zukunftsrevier 1.0 (WSP 1.0) vor. Im Rahmen eines bis zum 30.6.2020 terminierten Konsultationsprozesses wird um eine Stellungnahme gebeten.

Nach intensiver Durchsicht des Kapitel 6 „Zukunftsfeld Ressourcen und Agrobusiness“ müssen wir leider feststellen, dass das Zukunftsfeld „Nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung“ in unseren Augen vollständig fehlt.

Der Strukturwandel im Rheinischen Revier bietet aber der Landwirtschaft die einmalige Chance, einen Wandel hin zu einem nachhaltigen und zukunftssicheren Wirtschaften zu gestalten. Gerade in Zeiten des Klimawandels muss der Schutz lebenswichtiger Ressourcen wie Boden, Wasser, Luft und der biologischen Artenvielfalt zentrale Bedeutung erlangen. Eine dauerhaft funktionsfähige, resiliente Landwirtschaft muss im Rahmen des Strukturwandels gefördert und realisiert werden.

Wir fordern eine Anpassung des vorliegenden WSP 1.0. Mit Blick auf die großen Herausforderungen reicht es nicht, allgemeine Ziele festzulegen. Die Umsetzung aller Fördermaßnahmen muss konsequent anhand prüfbarer nachhaltiger Kriterien erfolgen. Die Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft im Rheinischen Revier muss sich an festgelegten Leitlinien orientieren. Ein Zukunftsfeld „Nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung“ haben wir im Folgenden formuliert.

Wir fordern eine transparente Entscheidungsstruktur über die Festlegung von Förderzielen, der Auswahl von Förderprojekten sowie eine echte Einbindung von Initiativen und Verbänden im Strukturwandel zum Rheinischen Revier.

Die Initiativen

Allianz für Nachhaltigen Strukturwandel e.V.i.G.

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft NRW e.V.

BUND Kreisgruppe Rhein Erft

Ernährungsräte Köln, Bonn, Düsseldorf, Aachen, Rhein-Kreis Neuss

Institut für Welternährung

Landesvereinigung Ökologischer Landbau e.V. (Biokreis, Bioland, Demeter, Naturland)

Regionalwert AG Rheinland

Regionalbewegung NRW

Stiftung Schloss Türnich

Stiftung Lebensraum



www.regionalwert-rheinland.de

www.ansev.de/

www.schloss-tuernich.de



www.ernaehrungsrat-koeln.de



www.nrw.regionalbewegung.de



www.stiftung-lebensraum.org



www.abl-nrw.de



www.ernaehrungsrat-bonn.de



[Ernährungsrat Aachen](http://www.ernaehrungsrat-aachen.de)



www.institut-fuer-welternaehrung.org



www.bund-rhein-erft.de



Ernährungsrat Düsseldorf
in Gründung

[Ernährungsrat Düsseldorf](http://www.ernaehrungsrat-duesseldorf.de)



www.ernaehrungsrat-rkn.de

Stellungnahme zum WSP 1.0

Zukunftsfeld Ressourcen und Agrobusiness (Seite 81-110)

Die Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) legte am 12.12.2019 das Wirtschafts- und Strukturprogramm für das Rheinische Zukunftsrevier 1.0 (WSP 1.0) vor. Im Rahmen eines bis zum 30.6.2020 terminierten Konsultationsprozesses wird um eine Stellungnahme gebeten.

Nach intensiver Durchsicht der Seiten 81-110, Kapitel 6 „Zukunftsfeld Ressourcen und Agrobusiness“ müssen wir leider feststellen, dass eine herkömmliche Stellungnahme für uns aus den folgenden Gründen nicht möglich ist:

1. Begriff Nachhaltigkeit

Bei der Verwendung des Begriffs „Nachhaltigkeit“ orientieren wir uns daran, sämtliche Produktionsprozesse in der Landwirtschaft daraufhin auszurichten, dass soziale, regionalökonomische und ökologische Grundlagen in ihrer vollen Funktionalität erhalten und für kommende Generationen gesichert werden. Damit lehnen wir Innovationen und digitalisierte Formen des Wirtschaftens nicht ab, stellen sie aber unter den Primat, dass auch alle vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsketten zum Erhalt der Grundlagen beitragen. Eine ökosystemare Sicht auf die natürlichen Grundlagen des landwirtschaftlichen Handelns fehlt im WSP 1.0, vielmehr dominiert die Sicht auf eine effiziente Nutzung von Biomasse und die Fortführung einer hoch produktiven Landwirtschaft. Was mit „hoch produktiv“ gemeint ist wird nicht kritisch betrachtet, vor allem nicht unter dem Gesichtspunkt Qualität versus Quantität. Diese Sicht muss im Hinblick auf bereits aktuelle wirtschaftliche und ökologische Krisen hinterfragt werden.

2. Kritische Auseinandersetzung mit Agrobusiness fehlt

Eine kritische Auseinandersetzung mit den Folgen der globalisierten Land- und Ernährungswirtschaft (Agrobusiness) findet im WSP nicht statt. Es ist aber unbestritten, dass diese Form der Landwirtschaft enorme negative Einflüsse auf globale Herausforderungen wie Klimawandel, Erhalt von Bodenfruchtbarkeit und Artenvielfalt sowie wichtiger CO₂-Senken hat (Regenwald, Moore, Humusgehalt). Agrobusiness trägt nicht zu einer gerechten Verteilung von Lebensmitteln bei (FoodWaste versus Hunger) und führt durch zunehmenden Preis- und Wachstumsdruck u.a. zum Verlust vieler landwirtschaftlicher Betriebe, von regionalen Lieferketten und Know-How und damit auch von Arbeitsplätzen. Diese Entwicklung kann hohe volks- und betriebswirtschaftliche Risiken nach sich ziehen.

3. Fokussierung auf Ernährungssicherheit und Regionalisierung fehlt

Im Gegensatz zum WSP 1.0 priorisieren wir widerstandsfähige Systeme, die den langfristigen Erhalt der Produktionsbedingungen und der Ernährungssouveränität sowie die regionale Versorgung der Bevölkerung sicherstellen. Die Orientierung auf Exportmärkte muss demgegenüber zurücktreten. Sie widerspricht dem Grundverständnis einer überzeugenden regionalen Kreislaufwirtschaft, verschärft das Transportaufkommen und trägt zudem zur Zerstörung der kleinbäuerlichen Strukturen und Marktsysteme in den Ziel-Ländern des Südens bei.

4. Biomasse versus Biodiversität

Die flächenhafte Erhaltung und Stabilisierung von Biodiversität hat für uns eine große Bedeutung in Zeiten des Klimawandels und der Erhaltung eines natürlichen, ausreichend großen Reservoirs der biologischen Vielfalt. Eine Reduzierung der Maßnahmen auf Standorte, die für die Landwirtschaft ungünstig sind, reicht nicht aus. Biodiversität muss auf der land- und forstwirtschaftlichen Fläche stattfinden. Im WSP 1.0 werden zudem die für die Landwirtschaft unattraktiven Naturflächen vorrangig als Flächen für den Anbau nachwachsender Rohstoffe betrachtet, eine intensive Nutzung würde dem Ziel der Förderung von Artenvielfalt widersprechen.

Wir reagieren anstelle einer Stellungnahme zum Text mit einer Formulierung für das Zukunftsfeld „Nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung“, da diese Thematik in unseren Augen im Wirtschafts- und Strukturprogramm für das Rheinische Zukunftsrevier 1.0 (WSP 1.0) noch vollständig fehlt.

Zukunftsfeld „Nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung“

Hintergrund

Der Strukturwandel im Rheinischen Revier bietet der Landwirtschaft die einmalige Chance, einen Wandel hin zu einem nachhaltigen und zukunftssicheren Wirtschaften zu gestalten.

Die moderne Landwirtschaft braucht einen Systemwechsel

Die gesamte System der industriellen Landwirtschaft steht angesichts der aktuellen Krisen vor enormen Herausforderungen. Insbesondere die Auswirkungen auf Klima, Ökologie, Gesundheit und Lebensräume werden immer dramatischer sichtbar:

- Stickstoffbelastung der Böden, Gewässer und Meere mit den Folgen extremer Vereinseitigung der wild wachsenden Flora, Algenwachstum, Todeszonen in den Meeren, Fischsterben, überhöhte Notwendigkeit für Pestizide, Fungizide und Herbizide und damit chronische Vergiftung der Böden und Gewässer
- Verstärkung des Klimawandels durch den Verlust von Humus im Boden, einem der größten potenziellen CO₂-Speicher des Planeten
- Erosion wertvollster Böden mit allen Konsequenzen der Desertifikation
- Gesundheitsschäden (in Sonderheit chronische Erkrankungen) durch Eintrag von Pflanzenschutzmitteln und deren Metaboliten (v.a. indirekt).

Schutz lebenswichtiger Ressourcen

Der globale Raubbau an der Natur und die Klimaveränderung führen u.a. zu Bodenerosionen (langfristiger Humusverlust) und Dürren die mittel- bis langfristig zu Ernährungs- und Verteilungskrisen führen. Diesen geopolitischen Aspekten wird bei einer weltmarktorientierten Ur- und Lebensmittelproduktion unzureichend Rechnung getragen.

Hinzu kommt, dass Ernährungssicherheit regional gedacht werden muss. Die derzeitige Coronakrise zeigt deutlich, dass innerhalb weniger Tage globale Lieferketten unterbrochen werden und Verteilungskämpfe um Mangelprodukte stattfinden. In Krisen verschärfen sich besonders schon bestehende Probleme und durch deren Fokussierung werden diese für alle deutlich sichtbar.

Die oft verwendeten Argumente für die erforderliche Ertragssteigerung zur Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung sind unzutreffend und irreführend, da dem eine hohe Verschwendung (u.a. extrem hoher Flächenverbrauch für den Futtermittelanbau in Südamerika /Rodung von Urwäldern) bzw. Verlust sowie eine ungerechte Verteilung entgegenstehen. Eine Wirtschaftsform, die Ernährung nur durch die Zerstörung der zur Erzeugung notwendigen ökologischen Grundlagen produzieren kann, kann nicht langfristig und nachhaltig bestehen.

Entwicklung tatsächlich nachhaltiger Produktionssysteme im Rheinischen Revier

Eine umfassend nachhaltige Bewirtschaftungsform leistet einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele, da ökologisch bewirtschaftete Ackerböden einen hohen Humusgehalt haben und damit wesentlich mehr CO₂ binden.

Durch die Regionalisierung des Ernährungssystems werden Transportwege verkürzt und CO₂ eingespart. Gesunde Lebensmittel, die fair und nachhaltig auf gesunden Böden erzeugt werden und deren Herkunft wir kennen, lassen eine Wertschöpfung in der Region entstehen, die eine Ernährungssicherheit und Ernährungsqualität gerade in Hinblick auf die zukünftigen Generationen garantiert.

Nachhaltige Bewirtschaftungsformen sind weitgehend unabhängig von industriell hergestellter Phosphat- und Stickstoffdüngung. Dieses ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass Phosphatvorkommen endlich sind und die Abbaugelände in politisch instabilen Regionen der Welt liegen. Die Herstellung von Stickstoffdüngung erfordert in der Produktion einen hohen Verbrauch von fossiler Energie und führt in der Folge zu einer Kette ökologisch fataler Effekte.

Wie die aktuellen Proteste unserer Landwirte deutlich zeigen, sind die Perspektiven in der herkömmlichen Landwirtschaft denkbar schlecht. Im letzten Jahrzehnt haben ein Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe in der EU aufgegeben, allen voran kleine Familienbetriebe. Die Landwirte fordern – zu Recht – mehr Solidarität und Wertschätzung, sowohl von der Politik als auch von der Gesellschaft. Dafür bedarf es jedoch einer Wirtschaftsform, die auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens fußt und einer entwickelten Gesellschaft entspricht. Daher gehört zu einer nachhaltigen Landwirtschaft das direkte Verhältnis zwischen Verbrauchern und Landwirten.

Im Strukturwandel des Rheinischen Reviers nimmt die Thematik der nachhaltigen Landwirtschaft sowie die der gesamten Region eine zentrale Rolle ein, da sie im direkten Kontext zur Arbeitssituation der Region steht. Durch den bevorstehenden Strukturwandel müssen Arbeitsplätze nicht nur abgesichert, sondern auch neu geschaffen werden, die anderweitig entfallen.

In diesem landwirtschaftlich geprägten Gebiet mit den besten Ackerböden der Welt, können durch das Konzept einer nachhaltigen Landwirtschaft neue Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftssektor geschaffen werden.

Gleichzeitig soll für alle Landwirte im Revier ein Anreiz für alternative Bewirtschaftungs- und Vermarktungsformen entstehen, die ihrer Berufsethik entsprechen und ihnen eine wirtschaftlich und sozial abgesicherte Zukunft garantieren.

Schon heute spielt Ernährung auf kommunalpolitischer Ebene eine immer wichtigere Rolle. Dies zeigt auch die wachsende Anzahl an Ernährungsräten. Die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, Henriette Reker, ist selbst Mitglied im zivilgesellschaftlich organisierten Ernährungsrat für Köln und Umgebung, der im Sommer die Ernährungsstrategie an die Stadt Köln übergab, die erstmals einen Handlungsleitfaden für eine kommunale Ernährungspolitik darstellt.

Handlungsfelder im Strukturwandel

Schutz lebenswichtiger Ressourcen

Gerade in Zeiten des Klimawandels muss der Schutz lebenswichtiger Ressourcen wie Boden, Wasser, Luft und der biologischen Artenvielfalt zentrale Bedeutung erlangen. Eine dauerhaft funktionsfähige, resiliente Landwirtschaft muss im Rahmen des Strukturwandels gefördert und realisiert werden. Dabei muss auch die sichere Versorgung der Bevölkerung (in der Region leben etwa 10 Mio. Einwohner) mit gesunden Nahrungsmitteln eine zentrale Rolle spielen. Die Corona-Krise zeigt uns derzeit, wie anfällig globale Warenströme sind, für Extremwetterereignisse wie z. B. die Dürre (wir gehen ins dritte Dürrejahr) sind dringend Anpassungsmaßnahmen erforderlich.

Resilienz durch Regionalisierung

Die Region ist ein ausgesprochener Gunststandort für den Ackerbau, die Landwirtschaft profitiert durch beste Böden und ein günstiges Klima. Es hat sich eine Landwirtschaft etabliert, die intensiv und spezialisiert für Großabnehmer und den Weltmarkt produziert. Die Lieferketten sind für die zentrale Erfassung optimiert, eine dezentrale, regionale Verteilung findet nur vereinzelt statt. Die Vielfalt im Anbau, insbesondere bei Gemüse und Obst, hat stark nachgelassen. Durch die globale Konkurrenz ist der Spielraum für die Preisgestaltung relativ gering und die Landwirte haben einen geringen Einfluss auf die Preise. Der hohe Wachstumsdruck durch „Wachsen oder Weichen“ und die Konkurrenz um Flächen im Ballungsgebiet lässt wenig Spielraum für die Erzeuger.

Nachhaltige Leistungen erfassen und angemessen honorieren

Die Preise für Lebensmittel werden betriebswirtschaftlich berechnet, dabei werden gesellschaftliche und ökologische Leistungen und Kosten in der Regel nicht berücksichtigt. In der betrieblichen Optimierung spielen die gesellschaftlichen Leistungen daher eine untergeordnete Rolle. Das birgt die Gefahr von volkswirtschaftlichen Schäden, wie z.B. die Nitrat-Belastung des Grundwassers, sowie von zukünftigen betriebswirtschaftlichen Risiken, wie die Abhängigkeit von globalen Lieferketten (Obst und Gemüse aber auch Saatgut, Dünge- und Futtermittel) sowie den Verlust von Bodenfruchtbarkeit und Artenvielfalt. Die nachhaltigen Leistungen sollten modellhaft für die gesamte Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland und der EU, sichtbar gemacht, monetär bewertet und durch eine Anpassung von Förderungen oder Preisen angemessen honoriert werden. Wohingegen die Externalisierung von Kosten nicht durch Förderungen belohnt werden darf.

Schutz von Böden

Die Bedeutung landwirtschaftlicher Flächen für die Versorgung der Menschen im Rheinischen Revier ist nicht in ausreichender Weise berücksichtigt. Der notwendige Prozess der „ausbalancierten Entscheidungsfindung“ (Seite 149) muss den besonders hohen Verlust von besten landwirtschaftlichen Böden im Rheinischen Revier durch den Abbau der Braunkohle und den Wachstumsdruck der Ballungszentren in den Fokus nehmen. Auch für Arten- und Klimaschutz müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden, um fruchtbaren Boden zu schützen (CO₂-Senke Humus). Ohne einen gesunden und leistungsfähigen Boden (Fruchtbarkeit, Bodenleben, Humusgehalt) ist die Landwirtschaft der Zukunft nicht in der Lage den Klimaschwankungen und ihren Folgen zu trotzen.

Wertschöpfung und Arbeitsplätze fördern

Durch die Nähe zu den Ballungsgebieten können effiziente Strukturen für die regionale Verarbeitung und Vermarktung aufgebaut werden, das erhöht die regionale Wertschöpfung, schafft neue Arbeitsplätze in Land- und Ernährungswirtschaft und sorgt für eine zukunftsfähige Ernährungssouveränität. Für die nachhaltige Versorgung der Groß- und Einzelhändler sowie die Gemeinschaftsverpflegung müssen regionale Strukturen so geschaffen werden, dass sie möglichst kurz sind und auf jeder Stufe der Wertschöpfungskette angemessene Einkommen generieren.

Leitlinien und Kriterien für den Strukturwandel festlegen

Mit Blick auf die großen Herausforderungen durch den Klimawandel für die Ernährungssicherung und für die biologische Vielfalt in unseren Naturräumen reicht es nicht, allgemeine Ziele festzulegen.

Die Umsetzung der Ziele muss in allen Projekten konsequent anhand prüfbarer nachhaltiger Kriterien nachgewiesen werden. Die Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft im Rheinischen Revier muss sich an folgenden Leitlinien orientieren:

1. Ökologisch diverse und damit stabile Naturräume als Basis für biologische Vielfalt dauerhaft sichern.
2. Landwirtschaft durch stabile Produktionsbedingungen und den Schutz lebenswichtiger Ressourcen Boden, Wasser, Luft resilient gestalten, d.h. widerstandsfähig gegenüber Krisen wie z.B. die Folgen des Klimawandels und Pandemien.
3. Regionale Ernährungssouveränität sicherstellen, um die Bevölkerung der rheinischen Metropolen sicher zu ernähren.
4. Regionale Wertschöpfung sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze fördern.
5. Atmosphärisch vielfältige Raumgestaltung, die den landwirtschaftlichen Produktionsraum auch als Erholungsraum qualifiziert.

Handlungsbedarfe

Dringende Handlungsbedarfe für eine nachhaltige Landwirtschaft und Versorgung der Bevölkerung mit guten Lebensmitteln sind aus unserer Sicht:

- Schutz von fruchtbaren Böden.
- Naturschutz in der Landwirtschaft durch ökologisch wertvolle Landschaftselemente, vielfältige Fruchtfolgen, Biotopverbund, Ökologischen Landbau, extensive Tierhaltung, den Verzicht auf insektenschädliche Spritz- und Düngemittel, Erhöhung des organischen Anteils in der Düngung und die Verbundplanung von Naturschutzgebieten.
- Erhöhung des Anteils von Ökologischem Landbau z.B. durch eine Öko-Modellregion, die personell und finanziell gut ausgestattet wird. 20% Bioanteil sind in NRW als Ziel vorgegeben, als Modellregion sollten mind. 30% wie in Bayern und Hessen bzw. 50% bis 2030 angestrebt werden.
- Regionales Wertschöpfungsketten-Management und der Ausbau regionaler Vermarktungs- und Verarbeitungsstrukturen unter Einbeziehung der regionalen Akteure und gesellschaftlicher Initiativen. Effizienz durch regionale Verarbeitungszentren am Stadtrand der Ballungszentren, zur Bündelung für Verarbeitung, Logistik und Vertrieb sowie durch Ausbildungsoffensiven für Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln.
- Resiliente Produktionsverfahren zur Reduktion des Verbrauchs der Ressourcen Wasser und Energie in der gesamten Produktionskette (Cradle to Cradle).
- Förderung von regenerativer Landwirtschaft und innovativen Modellen entlang der Wertschöpfungskette durch z.B. Initiativen wie Selbsternte, Zweinutzungsrasen, Brudertier-Verwertung, Saatgutinitiativen, Permakultur oder Solidarischer Landwirtschaft etc.